

SZ 28.04'11.

Gefängnis auf Probe

Koalition will umstrittenen Warnschuss-Arrest für junge Straftäter schnell einführen

Berlin – Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) will „in einigen Wochen“ einen Gesetzentwurf zum sogenannten Warnschuss-Arrest für jugendliche Straftäter vorlegen. Einen genaueren Termin nannte eine Sprecherin des Justizministeriums am Mittwoch nicht. Zugleich betonte sie, das Vorhaben sei bereits im Koalitionsvertrag von Union und FDP vereinbart worden. Der Gesetzentwurf sei folglich keine hektische Reaktion auf den brutalen Angriff gegen einen Fahrgast in der Berliner U-Bahn vor einigen Tagen. Solche Taten könnten nur durch eine stärkere Polizeipräsenz verhindert werden.

Bislang konnten bis zu vier Wochen Jugendarrest als Warnung verhängt werden, wenn eine Tat für eine Jugendstrafe nicht schwer genug war. Künftig soll der Arrest zusätzlich zu einer Jugendstrafe auf Bewährung möglich sein. Damit, so

die Sprecherin des Ministeriums, solle dem Täter „vor Augen geführt werden“, was ihm durch die Bewährung erspart bleibe. Zu Details wollte sie sich mit Verweis auf die laufenden Gespräche in der Regierung nicht äußern.

Die Grünen kritisierten das Vorhaben. Der rechtspolitische Sprecher Jerzy Montag und der jugendpolitische Sprecher Kai Gehring warfen Leutheusser-Schnarrenberger vor, in den „Populismus der Union“ einzustimmen. Dies zeige die Orientierungslosigkeit der Koalition. Schon die bisherige Regelung habe „keine besonderen Erfolge aufzuweisen“. Oft könne der Arrest wegen Überbelegung der Arrestanstalten nicht vollzogen werden, so die Grünen-Politiker.

Auch der Deutsche Richterbund kritisierte den Warnschuss-Arrest als weitgehend wirkungslos. Die Jugendkriminalität werde durch die Einführung eines sol-

chen Arrests „nicht massiv beeinflusst“, sagte die Vize-Vorsitzende des Richterbundes, Andrea Titz. „Die Leute, die solche Taten begehen, sind in der Regel bereits vorher aufgefallen. Sie haben oft auch schon Arreste verbüßt und sind davon wenig beeindruckt. Das sind in der Regel keine Ersttäter. Die hatten ihren Warnschuss bereits.“

Dagegen sprach sich Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU) für das geplante Gesetz aus. Er sei ein „absoluter Befürworter einer raschen Einführung“, sagte Rhein, derzeit auch Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Die Zahl der Gewalttaten von Jugendlichen nehme ab. „Aber was uns Sorge macht und was wir durchaus auch wahrnehmen, ist, dass die Taten immer brutaler werden, dass sie immer häufiger mit Waffen stattfinden und dass eben nicht Schluss ist, wenn einer am Boden liegt.“

nif